

Annener Zeitung

Die „Annener Zeitung“ erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag. Anzeigengebühr für die einspaltige 1 mm hohe und 36 mm breite Zeile für 14 Tage im Verbreitungsbezirk 3.— M., auswärts 4.— M. Kleinanzeigen 1 mm hoch u. 76 mm breit 15 M. Bezugspreis monatlich 120.— M. (Durch die Post bezogen vierteljährlich 360.— M.).

Beschäftsstelle: Bahnhofstr. 23. Telefon 384.

Mr. 134

Samstag, den 11. November 1922

38. Jahrgang.

Verbunden mit der Annener „Vollzeitung“
Anzeigebblatt für Annen und die benachbarten 14 Ortschaften
Organ des Amtes Annen u. Landkreises Hörsing,
sowie der Gemeinden Gladbach-Düren.

Bestenfalls finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung“ weite u. billige Verbreitung. Bei gerichtlicher Verurteilung oder bei Konfiskation kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall. Für die Aufnahme der Anzeigen an vorbeschriebenen Stellen abernehmen wir keine Verantwortung.

Redaktion, Druck und Verlag von
W. H. H. H. H. H.

Die deutsche Antwortnote.

Die deutsche Antwortnote, in der ergänzende Ausführungen zu den Denkschriften über die Markstabilisierung gemacht werden, ist am Mittwochabend der Reparationskommission übergeben worden. Die Regierung erklärt erneut, daß sie die Festlegung und Besserung des Markfußes als die augenblicklich dringendste und wichtigste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Es muß noch mal mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alles, was jetzt zur Stabilisierung der Mark vorgeschlagen wird, nur ein Hilfsmittel ist, um das Vertrauen des deutschen und ausländischen Publikums in die Zukunft der deutschen Währung wieder herzustellen. Ein dauernder Erfolg wird nur dann verbürgt sein, wenn eine endgültige Lösung des ganzen Reparationsproblems sofort in Angriff genommen und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird.

Zur vorläufigen Stützung der Mark empfiehlt die deutsche Regierung den Plan der internationalen Sachverständigen, deren Gutachten der Note als Anlagen beigelegt sind. Die deutsche Regierung macht sich insbesondere den Gedanken zu eigen, daß

Die Stützungsaktion

durch ein internationales Bankkreditat sofort in Angriff genommen werde. Auch die Reichsbank ist von der außerordentlichen Bedeutung eines solchen Syndikats überzeugt und hat sich bereit erklärt, auch ihrerseits an der Stützungsaktion mitzuwirken und an der Aufbringung der Mittel sich zu beteiligen. Auf dieser Grundlage hätte die Stützungsaktion in der Weise sich zu vollziehen, daß der Markfuß nach einheitlichen Gesichtspunkten durch den An- und Verkauf von Renten reguliert wird. Ueber den Umfang der Beteiligung der Reichsbank wird noch eine Verständigung mit den fremden Geldgebern zu erzielen sein. Ferner würden noch die zu stellenden Sicherheiten zu vereinbaren sein.

Die Reichsregierung betont noch einmal ihre Bereitwilligkeit, die Sicherheiten für den Wiederaufbau auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, soweit sie möglich sind, und ohne Vermehrung der schwebenden Schuld und soweit sie aus dem Budget zu bestreiten sind.

Es wird schließlich noch erklärt, daß das vorgeschlagene Unternehmen nicht nur die Rettung Deutschlands aus seiner Finanznot bezweckt, sondern auch Deutschland in den Stand setzen will, seine Verpflichtungen aus dem Pariser Vertrage zu erfüllen.

Die neue Antwort der R.R.

Donnerstag mittag traf in der Reichskanzlei ein Schreiben der Reparationskommission an den Reichskanzler ein, in dem zunächst der Empfang der neuen deutschen Vorschläge bestätigt wird. Die Reparationskommission teilt dann der Reichsregierung mit, daß sie die neuen deutschen Vorschläge nach ihrer Rückkehr nach Paris, die Freitag erfolge, einer Prüfung unterziehen will.

Stabilisierung und Anleihefrage.

Ohne Moratorium keine Anleihe.

Außer dem schon bekannten Gutachten der Herren Brand, Cassel, Jenks und Keynes sind der deutschen Antwortnote noch die Gutachten des Präsidenten der Niederländischen Bank, Bissinger, des Schweizer Bankiers Dubois und des Londoner Bankiers Brand zugrunde gelegt. In diesen Gutachten äußern sich die Bankier-Sachverständigen über die banktechnischen Aussichten eines ausländischen Bankkredits bzw. eines internationalen Syndikats zur Stützung der Mark. Sie schlagen die

Gründung eines internationalen Syndikats vor, das zusammen mit der deutschen Regierung und der Reichsbank an der Stabilisierung der Reichsmark mitzuarbeiten hätte. Ohne den Beschluß vorzulegen zu wollen, halten die Sachverständigen es für zweckmäßig, ihre Ansicht auszusprechen, daß Deutschland während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der Vorschüsse von allen Reparationszahlungen befreit werde. Das Syndikat müßte mit einem Kapital von

mindestens 500 Millionen Goldmark

gegründet werden können. Der ausländische Bankkredit wäre aufzunehmen in der Form von Wechseln, die von der deutschen Finanzverwaltung ausgeben und mit der Bürgschaft der Reichsbank ausgestattet werden. Die Laufzeit der Wechsel müßte um zwei Jahre verlängert werden können. Die Reparationskommission müßte das Prioritätsrecht dieser Forderungen von allen Reparationszahlungen anerkennen. Die deutsche Regierung

hätte als besondere Garantie für die Rückzahlung der Vorschüsse den Ertrag der Ausfuhrzölle zur Verfügung zu stellen.

Neben den Leistungen des Syndikats hätte die Reichsbank sich zu verpflichten, in der Stützungsaktion mit einem Betrag von gleicher Höhe — also 500 Millionen Goldmark — teilzunehmen, indem sie unter der Verpfändung ihres Goldbestandes einen Bankkredit in gleicher Höhe aufnimmt.

Der englische Sachverständige, der Bankier Brand von der Bank Lazar Broth in London, hat noch ein besonderes Gutachten abgegeben über die Möglichkeit der Aufnahme des Bankkredits in England; er gelangt darin zu folgendem Ergebnis: Wenn ein vollständiges Moratorium auf einen gewissen Zeitraum eintreten würde, — etwa für zwei Jahre — und andere Staaten die Forderung übernehmen würden, wäre es möglich, daß Londoner Bankleute in der Form von Akzepten sich mit einem Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling beteiligen würden.

Abschiedsbesuch der Sachverständigen beim Reichskanzler.

Die von der deutschen Regierung zur Erstattung eines Gutachtens über die Stabilisierung der Mark nach Berlin berufene Kommission ausländischer Finanzfachverständiger hat ihre Arbeiten beendet.

Nachdem Cassel und Keynes sich bereits Mittwoch verabschiedet hatten, hat der Reichskanzler Donnerstag mittag Brand, Dubois, Ramenka, Jenks und Bissinger zu einem Abschiedsbesuch empfangen. Der Reichskanzler hat den Herren den aufrichtigen und warmsten Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für die Fleißigkeit, mit der sie dem Rufe Folge leisteten und für die hingebende tiefe Bearbeitung der gestellten Fragen ausgedrückt. Die Reichsregierung erblickt in den überreichten Gutachten die Versicherungen von freien Privatpersonen, die ihre Überzeugung frei von politischen Zielen ohne irgendwelche Bindung für ihre Länder und die Geschäftskreise, denen sie angehören, geäußert haben. Solche von autoritativen Namen gestützte Gutachten würden nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland erste Beachtung finden und zur Klärung der Frage beitragen. Der Reichskanzler drückt die Hoffnung aus, daß die Arbeiten der Herren nicht nur zum Besten Deutschlands, sondern auch aller anderen Völker wirken mögen, die durch den Währungsverfall in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dubois über die Gutachten.

Der Finanzfachverständige Dubois, Präsident des Schweizerischen Bankvereins, sagte einem Vertreter der Schweizerischen Depeschagentur, daß er in einer Unterredung, die sich auf die nunmehr erfolgte Veröffentlichung der Gutachten der Finanzfachverständigen bezog, folgendes: Zunächst erklärte Dubois auf die Frage, weshalb nicht die Sachverständigen sich auf ein gemeinsames Gutachten geeinigt hätten, es befänden unter den Sachverständigen mit wenigen Ausnahmen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, aber die erhaltenden Berichte seien von einander verschieden und zwar sowohl in ihrer Form, als auch in ihrer Methode.

Inbesondere die Maßnahmen zur Herbeiführung einer provisorischen Stabilisierung sind voneinander verschieden. Dubois, als in dem Bericht der Herren Keynes und Brand behandelt. Zur internationalen Stützungsaktion für die deutsche Währung sprach sich Dubois folgendermaßen aus: Bis zur Stunde liegt kein bestimmtes Angebot von Schweizerbanknoten oder von anderer ausländischer Währung vor. Unter gewissen Voraussetzungen bestünde Aussicht, daß eine wirkliche ausländische Hilfe zur Aktion der Reichsbank hinzukommen wird, um die Mißtrauenskrise zu überwinden, die den letzten Marksturz verursacht haben. Da die beiden Gutachten nun abgegeben worden sind, können die Unterhandlungen über die ausländische Kreditaktion sobald als möglich gepflogen werden.

Die Abreise der Reparationskommission.

Berlin, 10. November. Die Mitglieder der Reparationskommission haben heute nachmittags 3 Uhr mit dem fahrplanmäßigen D-Zug, der mit erheblicher Verpöpfung aus Warschau eintraf, die Rückreise nach Paris angetreten.

Die Forderungen der Landwirtschaft.

Beseitigung der Zwangswirtschaft.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat nahm im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen einen Antrag des Landrats a. D. von Hellsdorf an, in dem es heißt, daß die aus allen Teilen des Reiches zur Plenarversammlung des D. L. R. erschienenen gesellschaftlichen Vertreter der Landwirtschaft es

angeht, der katastrophalen Entwicklung unserer Wirtschaftslebens für ihre Pflicht hielten, nochmals in letzter Stunde mit allem Nachdruck auf die wichtigsten Vorbedingungen aufmerksam zu machen, die für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion unerlässlich seien. Zu diesen Forderungen gehörten:

Auf dem Gebiete der Getreidebewirtschaftung: 1. Angesichts der schlechten Getreideernte eine erhebliche Ermäßigung der Umlage. 2. Zunächst sofortige Wiederherstellung der freien Wirtschaft oder aber mindestens eine sofortige bindende Erklärung der Reichsregierung, daß mit Ende des laufenden Wirtschaftsjahres jede Art der Getreidezwangsbewirtschaftung unter allen Umständen aufhört.

Beschaffung der Betriebsmittel: Sicherstellung von auch zeitlich ausreißendem Kredit zur Beschaffung von Betriebsmitteln (Dünger, Futter usw.).

Bei der Frachtpolitik und der Ausgestaltung des Verkehrs: 1. Bessere Wagonverteilung durch Erhöhung der Arbeitsleistung und Verkürzung der Umlaufzeit. 2. Gewährung dauernder Ausnahmetarife mit einer Ermäßigung von 30 Prozent für Düngemittel, alle Futtermittel, einschließlich Heu, Stroh und Torf.

In der Aussprache wies der Vorsitzende des Reichsausschusses der Deutschen Landwirtschaft, Hr. v. Wangenheim in Klein-Spiegel, darauf hin, daß durch die augenblickliche Methode staatlicher Bewirtschaftungspolitik die Landwirte zu erheblichen Verlusten erlitten würden. Für das Hilfsvermögen hätten die staatlichen Stellen nur Redensarten gehabt. Die erste Notwendigkeit sei endlich ehrliche Aufklärung auch der Konsumentenmassen über die tatsächliche Wirtschaftslage und Ernährungslage durch die Regierung.

Die Not der Verdrängten.

Protestkundgebung in Berlin.

Am Sonntag vormittag fand in Berlin ein Kongreß der Verdrängten statt. Der große, 3000 Personen fassende Saal der Scala, in der die Versammlung stattfand, war bis zum letzten Platz gefüllt. Alle Verbände und Vereinigungen der aus Übersee, dem Ausland und den abgetretenen Gebieten vertriebenen Deutschen waren vertreten. Der Kongreß vertrat mehrere Millionen von Übersee- und Auslandsdeutschen und stellte eine scharfe Protestkundgebung gegen die Behandlung der Auslandsdeutschen und Flüchtlinge in der Heimat dar. Man verlange keine volle Entschädigung für die erlittenen Verluste, aber man erwarte eine andere Behandlung als jene, die man Millionenempfängern zuteil werden ließe. Im Laufe der Versammlung wurden die neuen Zustände der Regierung bekanntgegeben. Der Parentischadigungsvertrag betrage in Zukunft eine Million Mark, für Hausstandsverlustschädigung 500 000 Mark, und außerdem wurde das Zusatzgesetz auf das vier- bis achtfache der Hälfte des Friedenswertes erhöht. Der Kongreß steigerte sich schließlich zu einer stürmischen Kundgebung gegen die Haltung der Behörden und der Öffentlichkeit. Mit dem eingeschlagenen Verfahren sei alles verfahren. Von den politischen Parteien waren nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei vertreten und der Reichstag nur durch ein Mitglied der Deutschnationalen Partei, den Abgeordneten Latzert, während die übrigen anwesenden Parlamentarier Landtagsabgeordnete waren.

Der Reichspräsident und die Verdrängten.

Vertreter des Kongresses der Verdrängten (und der Auslandsdeutschen) wurden vom Reichspräsidenten empfangen. Nachdem Geheimrat v. Tilly und Herr Aufbaum die Wünsche der Verdrängten vorgetragen hatten, führte der Reichspräsident in feiner Erwiderung u. a. aus, er hoffe es zu erreichen, daß die Zwischemverträge zum dem Gewalttätigkeitsgesetz, durch die die Zuschlagsgrenze für Hausrat von 100 000 auf 500 000 Mark und die Barzahlungsgrenze auf eine Million Mark erhöht werden solle, auf einen Antragsantrag künftiger Parteien bereits am nächsten Montag zur Beratung gelange. Einseitlich des neuen Liquidationsgesetzes glaube er, daß es auch am nächsten Montag dem zuständigen Ausschuss überwiesen werden könne. Er werde seinen Einfluß dahin geltend machen, daß Vertreter der Verbände vor dem Ausschuss Gehör fänden.

Die Entschädigung der Verdrängten.

In der Gesamtentscheidung des Kongresses der Verdrängten, die in der Schlussfaltung einstimmig gebilligt wurde, heißt es u. a. folgendermaßen:

Die bisherige Entschädigungsgesetzgebung hat den verdrängten Deutschen keinen auch nur einigermaßen hinreichenden Ersatz für die erlittenen Verluste geboten. Die Entschädigungsgesetzgebung

muß der Notlage der durch den Krieg und seine Folgen am schwersten geschädigten Verdrängten und damit zugleich zielbewußt und weitläufig auch den Interessen der gesamtdeutschen Volkswirtschaft in erheblicher höherem Maße als bisher und in beschleunigter Weise Rechnung tragen. Soweit der Entwurf des Reichsentlastungsgesetzes in Frage steht, wird mit allem Nachdruck erklärt, daß den Verdrängten ein Rechtsanspruch auf volle Entschädigung zusteht. Weiter betont die Entschädigung, daß sowohl die neuen Gesetze als auch die bereits erlassenen Gewalttätigkeitsgesetze in keiner Weise der eingetretenen Gebietsveränderung Rechnung tragen und ein Wiederaufbau daher unmöglich sei. Die Entschädigung lehnt daher unzulängliche Entschädigungen nachdrücklich ab und erhebt aufmerksam hinreichend aller Entschädigungsgesetze die Forderungen:

1. Entschädigungen müssen grundsätzlich steuerfrei bleiben;
2. anstelle des schwerfälligen ordentlichen Entschädigungsvorgangs muß grundsätzlich der freie Verwaltungsvorgang gewährt werden, deren Interessenvertretungen treten;
3. die Auszahlung der Entschädigungen muß beschleunigt werden;
4. es dürfen die zugesprochenen Beträge nicht in Zahlungsmitteln gewährt werden, deren Wertung die Geschädigten wieder um einen erheblichen Teil ihrer ohnehin unzureichenden Entschädigung bringt. Die derzeit gewährten Zahlungsmittel sind größtenteils unwertbar.

Deutsches Reich.

Der Wiederausammentritt des Reichstages

Am 13. November erfolgen. Das ist das Ergebnis einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler. Am Montag (13. November) wird jedoch voraussichtlich nur eine kurze Sitzung stattfinden. Für Dienstag ist die Erklärung des Reichskanzlers über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und über die Stabilisierung der Mark vorgesehen. An den darauf folgenden Tagen werden die Parteien ihre Auffassung vortragen. Eine vorläufige Aussprache über das gesamte Problem wird bereits vorher im Auswärtigen Ausschuss stattfinden.

Der Verlauf des 9. November.

Der 9. November ist sowohl in Berlin wie nach den bisher vorliegenden Meldungen auch im Reich völlig ruhig verlaufen. In Berlin wurden in allen Betrieben wie an gewöhnlichen Wochentagen gearbeitet. Zu Straßensicherungen ist es nirgends gekommen. Auch die kommunikativen Arbeiter erschienen in den Betrieben. Am Abend fanden Versammlungen der Sozialdemokraten u. der Kommunisten statt, in denen der 9. November als Revolutionstag gefeiert wurde. Auch diese Versammlungen verliefen ruhig.

Dr. v. Knilling's Radikale und Programm.

In der vorgestrigen bayerischen Landtagsitzung teilte der neue Ministerpräsident Dr. von Knilling dem beschworenen Hause mit, daß er die bisherigen Reformminister auch in sein Kabinett übernommen habe und erklärte ferner, daß eine Befragung des Handelsministeriums für die allernächste Zeit in Aussicht genommen sei. Widerspruch gegen die Vorschläge des Ministerpräsidenten erhob sich aus dem Hause nicht. Dr. v. Knilling erklärte dann, das Koalitionsprogramm, das der frühere Minister v. Kahr 1920 bekanntgegeben habe, bilde heute noch eine maßgebende Grundlage für die Führung der Geschäfte der Staatsregierung. Gegen jede Anwendung der Reichsrechte Bayerns müsse er Verwahrung einlegen. Bayern habe nie den Kampf mit dem Reich gesucht und werde ihn auch künftig nicht suchen. Der Ministerpräsident sieht das Ziel Deutschlands in der Rückkehr zu der bewährten bundesstaatlichen Grundlage, jedoch nur auf geistlichem Wege. Sollte Bayern etwa neuerdings einen Eingriff in seinen eigenen Lebensbereich, besonders in seine Justiz- und Polizeihochheit, abwehren müssen, so werde er jederzeit auf dem Plan sein, die bayerische Selbstständigkeit zu verteidigen. Von der Reichsregierung fordert der Ministerpräsident den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, gegen unerfüllbare Wiedergutmachungsforderungen und gegen die unheimliche Bedrückung durch die gegenwärtige Besatzung. Zum Schluss seiner Rede rief Knilling auf zum Zusammenschluß zu einer Notgemeinschaft des deutschen Volkes. Befennen wir uns wie England zu dem Spruch, das Vaterland hat immer recht, und für mich möchte ich noch hinzufügen, ein starkes Bayern in einem starken Reich.

— Unterzeichnung der deutsch-belgischen Grenzverträge. Im Regierungsgebäude zu Aachen fand die Unterzeichnung der von der Grenzkommission festgelegten Grenzbedin-

ungen und Grenzverträge durch die Bevollmächtigten der beiden Regierungen statt. Die deutsch-belgischen Grenzverhandlungen können damit als abgeschlossen gelten.

Kulturfampftimmung in Sachsen. Vor kurzem hat der sächsische unabhängige Kultusminister Fleißner eine Verordnung herausgegeben, nach der Schulkinder an kirchlichen, nicht staatlich anerkannten Feiertagen zum Besuch des Gottesdienstes vom Schulunterricht nicht befreit werden dürfen. Am 1. November, dem katholischen Feiertage Allerheiligen, haben aber die katholischen Eltern ihre Kinder nicht zur Schule geschickt. Das bischöfliche Ordinariat hatte die katholischen Eltern aufgefordert, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken. Die Kultusminister Fleißner nun durch die Staatskanzlei mitteilen läßt, wird er gegen das bischöfliche Ordinariat und gegen die Eltern ein Strafverfahren einleiten wegen offener Gefährdung.

Die Deutsche Volkspartei gegen Dr. Wirth. Im „Hamburger Korrespondenten“ greift der von der demokratischen Partei zur Deutschen Volkspartei übergetretene Abg. Dr. Hoffner den Reichstagsler Dr. Wirth scharf an, indem er u. a. schreibt: „Man zeige mir in der Geschichte des deutschen Volkes außer Bethmann Hollweg eine Persönlichkeit, die so stets von Mißerfolg zu Mißerfolg geschritten ist wie Wirth. Besitzt der Reichstagsler nicht einen einzigen wahren Freund, der ihn beschützt, sein Amt niederzuliegen? Das eiserne Gebot der allerletzten Minute ist: Neue Männer auf die Kommandobrücke.“

Ausland.

Polen.

Der neue polnische Sejm.

Die Stärke der Parteien.

Die bisher festgestellten etwa 300 Mandate des polnischen Sejms verteilen sich nach einer Warschauer Meldung folgendermaßen:

Rechtsblock 125,
Witos-Partei 45,
Sozialisten 30,
Ligunski-Partei 30,
Minderheitsblock 25,
nationale Arbeiterpartei 12,
gälische Zionisten 10,
Schulski-Gruppe 5.

Die noch ausstehenden etwa 70 Mandate dürften vor allem dem Minderheitsblock und der Bauernpartei zufallen. Der Wahlerfolg der Minderheitspartei wird von der Presse aller Parteien anerkannt. Die Wähler haben hervor, daß die Regierungsbildung schwierig sein wird.

Das endgültige Wahlergebnis in Litauen.

Nach den endgültigen Ergebnissen sind zum Sejm gewählt worden: 38 christliche Demokraten, 19 Volksparteiler, 11 Sozialdemokraten, 5 Arbeiterparteiliche und 3 Juden.

Türkei.

Neue Forderungen der Türken.

Einer Witterungsmeldung zufolge verlangt, daß die Russen dem französischen Oberkommissar in Konstantinopel, General Pellat, folgende Forderungen überreicht haben:

1. Sofortige Räumung Konstantinopels. Die Alliierten können, falls sie es wünschen, in Tschankalisch, Schirazi und Tschana bleiben.
2. Aufhebung der Kapitulationen.

Das Geheimnis des Arztes.

Roman von Franz Garai.

Einzig autorisierte Uebersetzung v. Dr. W. Rohut.
(Nachdruck verboten.)

An dem Meeresufer angelangt, hatte ich nicht viel Zeit, mich ins Wasser zu stürzen, da ich mich so verlegen fühlte. Ich verachtete mich selbst und wagte ihr nicht in die Augen zu sehen. Wie ein armer Sünder vor seinem Richter stand ich vor ihr. Zitternd und bebend suchte ich ihren Blick, aber sie nahm gar keine Notiz von mir, sondern suchte mit ihren Augen nur die Gondel, die uns wieder nach Venedig zurückführen sollte.

Sie war noch nicht da, und wir mußten noch eine Stunde warten.

Als ich auf der Erde ein mit Brillanten ausgelegtes goldenes Kreuz fand, das sie verloren hatte, und es ihr übergab, blühte sie mich an und erblühte.

„Ich habe dieses Kreuz von meiner Mutter als Talisman erhalten“, sagte sie. „Warten Sie es bei sich, bis wir nach Venedig kommen; denn ich könnte es verlieren wie mein Leben.“

„Wie Ihr Leben?“

„Ja, das Leben das mir zur Last ist.“

„Nicht doch! Sie müssen sich doch Ihres Lebens freuen, das unsere Liebe verfluchen wird. Wir sind noch jung, und das Schicksal hat uns für einander geschaffen. Alles, was bisher geschah, war für uns nur eine Prüfung und eine lange Reihe von Hindernissen, die uns das Verhängnis aber nur deshalb in den Weg gelegt, damit wir uns einander begegnen.“

„Wir können uns nie angehen!“

„Warum nicht? Warum wollen Sie mit eigener Hand das niedere Leben, was das Geschick gewollt? Warum wollen Sie den Faden unseres zukünftigen Glückes zerreißen, der uns doch schon aneinandergeknüpft hat? Sie müssen doch wissen und fühlen, wie sehr ich Sie liebe! Bis jetzt habe ich meine Gefühle vor Ihnen verborgen und verheimlicht. Aber ich kann nicht weiter schweigen. Ich würde mich sonst an uns beiden verfluchen. Dem Lebenden kann man nicht beschließen. Wo das Gefühl stärker ist, da muß der Verstand schweigen.“

„Sie haben einen großen Fehler begangen.“

„Küßte sie leise, daß Sie eine Wunde auftrifft, deren Schmerz nachzulassen begann und die fern von den Freuden des Lebens vielleicht vollständig geheilt worden wäre. Einmal küßte ich mich.

3. Abhaltung einer Volksabstimmung in Westasien, um festzustellen, ob diese Gebiete nicht an die Türkei zurückgegeben werden sollen.

4. Rückgabe von Mosul an die Türken, Revision der Grenzen Syriens, Autonomie der Inseln gegenüber der kleinasiatischen Küste.

5. Völlige Unabhängigkeit der Türkei.

6. Entschädigungszahlung durch Griechenland in Höhe von 6 Milliarden Goldfranken.

Die Konferenz von Lausanne.

Poincaré hatte vorgestern dem englischen Botschafter durch ein längeres Schreiben mitgeteilt, daß die Konferenz von Lausanne angesichts der Ereignisse in Konstantinopel spätestens am 20. November beginnen müßte. Auch Mussolini, der im übrigen selbst an der Konferenz teilnehmen wird, wünscht, an diesem Tage festzuhalten. Im übrigen lassen die in Paris vorliegenden Meldungen darauf schließen, daß sich in Konstantinopel und in ganz Anatolien ein besonders starker Fremdenhaß immer mehr ausbreitet.

Amerika.

Die Repräsentantenauswahl in Amerika.

Eine Habesmeldung aus New York besagt, daß die Demokraten in 11 Städten 28 Sitze gewonnen haben. Ihr Erfolg wird als eine Niederlage der Politik des Präsidenten Harding aufgefaßt. Die Anzahl der republikanischen Senatsmitglieder ist zurückgegangen, aber die republikanische Partei behält im Senat trotzdem die Mehrheit.

Die wankende republikanische Mehrheit.

Nach einer Reuterspeise ist das Parteiverhältnis im amerikanischen Repräsentantenhaus folgendes: Republikaner 200, Demokraten 195, Sozialisten 1, Unabhängige 1. Die republikanische Mehrheit von 24 Stimmen im Senat ist auf 15 gesunken und wird wahrscheinlich noch weiter sinken.

Kotales.

§ Annen, 9. Novbr.

Kreistagsitzung in Hörbe.

Am Mittwoch vormittag 10 Uhr eröffnete bei Anwesenheit fast aller Vertreter der Landrat Hansmann im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Hörbe den einberufenen Kreistag. 11 Punkte standen zur Beratung und lösten zeitweilig eine sehr lebhafte Besprechung aus.

1. Zunächst galt es, eine

Bürgerschaft für 20 Millionen M für das Wasser-Werk und Elektrizität (M. G.) Dortmund zu übernehmen. Landrat Hansmann begründete die Vorlage, die sich durch Verbesserung im Betrieb und zum Bau einer Leitung Krükel-Menden nötig macht.

Bürgermeister Rohrmann, Schwerte wünscht bei Übernahme der Bürgerschaft auch Erweiterung der Rechte, etwa Gewinnanteil oder dergleichen.

Landrat Hansmann versichert, daß er sich ständig bemühe, hier etwas zu erreichen. Eine Berechnung der Gewinne prozentual zur Abnahme von Licht und Kraft und nicht nach Aktienbesitz. Vielleicht ist noch etwas zu erreichen. Hierauf wird die Bürgerschaft einstimmig übernommen.

2. Eine vorgelegte Ordnung zur Erhebung einer Jagdsteuer im Landkreis Hörbe geht ebenfalls einstimmig ohne Debatte durch.

Errichtung einer etatsmäßigen Stelle als Kommunalarzt.

3. Längere Aussprachen brachte die Errichtung

einer etatsmäßigen Stelle für Frä. Dr. med. Steinkopf als Kreis-Kommunalärztin. Frä. Dr. Steinkopf amtierte schon seit Januar als Assistentin des Kreisarztes, soll nun aber nach Gruppe 11 fest und selbständig angestellt werden.

Abg. Reiner-Schwerte möchte das Impfgeld den freipraktizierenden Ärzten abnehmen, um zu sparen.

Bürgermeister Rohrmann ist dagegen, um einer Überlastung vorzubeugen. Die neue Stelle soll besonders der Fürsorge für die Lungengefährdeten Kinder gelten. Der Kreisarzt ist die Aufsichtsperson über alle Ärzte. Deshalb soll die neue Stelle nur nach Gruppe 10 besetzt werden.

Abg. Schlich-O. Annen stimmt dem zu. Den Kindern muß rechtzeitig vorbeugend geholfen werden. Die Ärzte müssen selbständig handeln, aber auch gewissenhaft vorgehen können.

Landrat Hansmann vertritt die Vermehrung aller Ämter und läßt über den Punkt erstmals dahin abstimmen, ob die Stelle überhaupt errichtet werden soll, was einstimmig angenommen wird, und dann über die Gehaltsgruppe, wobei gegen 5 Stimmen der Rechte die Anstellung nach Gruppe 11 bewilligt wird.

Die Punkte.

4. Entlastung der Jahresrechnung der Kreisobstbaukasse für 1920.

5. Entlastung der Jahresrechnung der Landw. Winterschule und Aufbeschlagsschmiede für 1919 und 1920.

6. Entlastung der Jahresrechnung der Veterinär-Anstalt für 1920.

7. Entlastung der Jahresrechnung der Kreis-Kaufmannsgerichtskasse für 1920.

8. Entlastung der Jahresrechnung der Kreis-Gewerbe- und Handelskammer für 1920 wird nach Rechnungsablage kurzerhand durch Entlastungsbeschluss erledigt.

9. Der Antrag der SPD. und KPD. auf Bewilligung von 500 000 M für

Errichtung von Luft- und Lichtbädern erweckt eine lebhafte Debatte.

Abg. Rohmann-Westhofen begrüßt den schonen Antrag mit Freude, warnt aber vor zu großen Ausgaben und beantragt Verzug.

Der Leiter des Kreis-Wohlfahrtsamtes K. Schlich-O. Annen weist auf die Notwendigkeit der Vorlage. Luft- und Lichtbäder sind gute Vorbeugungsmittel. 500 Kinder konnten dieses Jahr nach Venz. 300 Kinder in andere Solbäder zur Kur. Aber es geschieht noch zu wenig. Wo die Gemeinden nichts tun, muß der Kreis vorgehen.

Abg. Reiner will zentrale Lage dieses Bades.

Abg. Willmann macht auf das Kinderheim Bielefeld aufmerksam, das den Kindern Barock und Wellingshofen gebort.

Landrat Hansmann erbittet die Heim für den Kreis. Er schildert Glanz und Pracht. Von 22 000 Kindern zeigen 17 000 Krankheitserscheinungen. Helfen wir, dann braucht uns für die Zukunft nicht bange zu werden. Es kommen bessere Zeiten.

Abg. Schlich-O. Annen wünscht jedem Amt solch ein Bad.

Bürgermeister Rohrmann sieht auch bessere Zeiten, aber erst dann, wenn der Feind uns nicht mehr drückt. Dennoch muß jede Gemeinde Gutes schaffen. Schwerte hat das. Er beantragt, dem Kreis die Möglichkeit zu geben, den bedürftigen Gemeinden zu helfen, ohne deren Selbständigkeit anzutasten.

Abg. Rohmann-Westhofen klagt über die

Not der Geldverbreitenden. Sie sind ebenfugot Steuerzahler, wie Arbeiter und Beamte, sogar mit Steuern überlastet. Dennoch begünstigt er die Vorlage wieder.

Nach weiterer erregter Debatte, besonders gegen Eingriffe in die Selbstverwaltung der Kommunen, wird der Antrag mit 14 gegen 9 Stimmen bei reichlicher Stimmenthaltung in der vorgelegten Fassung angenommen, wonach der Landrat verspricht, daß niemals diktatorisch vorgegangen werden, aber immer zum Besten geholfen werden soll.

Zu Punkt

10. Antrag der SPD. und KPD. auf Bewilligung von 10 000 M für

Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs wünscht Abg. Reiner-O. Annen Bekämpfung der Mütter, den Kindern den Alkohol zu geben.

Abg. K. Schlich-O. Annen weist auf die Gefahren in der Jugend und Idiotenanstalten, die entsetzliche Bilder in dieser Hinsicht aufweisen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bei Punkt

11. Beschlußfassung über

Aufnahme einer 120 Millionen

Anleihe

zum Bau von Wohnhäusern usw. bemerkt Landrat Hansmann, daß der Kreis nicht stilllegen, sondern bauen will. Es muß gebaut werden.

Bürgermeister Rohrmann wünscht die Lasten von 120 Millionen nicht auf die Schultern der Städte gelegt, die selbst bauen wollen und müssen und dazu auch die Wohnungsbauabgabe brauchen.

Landrat Hansmann hält gefestigt an der Abgabe der Wohnungsbauabgabe an den Kreis fest. Sie soll zur Verzinsung der 120 Mill. dienen. 60 Millionen gibt die Landesbank zu billigen Zinsen dafür her. Die Mieten dienen ebenfalls zur Verzinsung. Der Kreis hat bereits gebaut und gebraucht das Geld, denn die Wohnungsbauabgabe muß verbaut werden.

Abg. Reiner-O. Annen betont, daß die Erhaltung alter Bauten ebenso notwendig ist. Man soll auch hohe Häuser bauen.

Abg. Reiner macht aufmerksam, daß 1941 die Wohnungsbauabgabe erlischt und fragt: Was dann? Er ist gegen zu hohe Steuerbelastung der Mieter und Vermieter.

Abg. Schlich-O. Annen befürwortet, die Jugendlichen zu belasten.

Bürgermeister Rohrmann mahnt zur Vorsicht und verlangt Sicherstellung der hohen Summe von 120 Millionen. Nach kurzen Schlussworten wird sodann auch der Antrag einstimmig angenommen und die 120 Millionen sind für Wohnungsbau bewilligt.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird noch über eine Eingabe der Stadt Schwerte verhandelt, die Einsparung von Kosten für z. T. unnötiges Reinigen von Schornsteinen beantragt.

Übermeister Steinflügel gibt eine eingehende Schilderung der Zustände im Schornsteinfegergewerbe, warnt vor Sozialisierung desselben und verteidigt allerlei Angriffe, die gegen zu hohe Preisforderung und schlechte Arbeit der Gehilfen gemacht werden. Zu einer Abstimmung kommt es nicht.

Interessant sind dann noch die Darlegungen des Abg. K. Schlich-O. Annen.

Getreideumlage, Milchpreise und

Kartoffelversorgung.

Die Ruhe des Kreises ist verbürgt, wenn die Landwirte ihre Pflicht tun und gegen ungerechte Belastungen geschützt werden. Für Anne und

Kranke wird gefordert, pro Zentner für Körbe ist festgelegt. Bürgermeister

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

Stilleger

ebenfolgt
nte, sogar
häft er die
fonders ge-
9 Stimmen
vorgelegten
vorgegangen
werden
auf Bewill-
brauch
Belohnung
zu geben.
und gibt
halten, die
zeigen.
ange-
tionen
Landrat
stilllegen,
werden.
sichtigt die
Schultern
sollen und
Bauabgabe
mäßig an
u a b g a-
sinnung der
Landes-
Die Mieten
Kreits hat
denn die
den.
daß die
ig ist. Man
daß 1941
agt: Was
stiftung der
Jugend-
zur Vor-
Eum-
wörter
ang an-
ng Woh-
wird noch
verhandelt,
unmögliche
eine einge-
hornstein-
deselben
en zu hohe
Gehältern
ng kommt
rlegungen
e und
wenn die
ungerechte
tine und
Wir wer-
digen hat
ich be-
horrer
Frei-
so raffen
von über-
und
bellen Sie
wählen.
igutragen,
gen wird,
bshiedete,
die Kam-
In der
ich mir
ich alles,
ellant und
ndlich ei-
sie feir,
iß freuen
Gefang
er drang,
dienlichen
nach der
tger und
produ-
für sie
gungigen
ranella.
der Ge-
nich eine
r mitten
meiner
r, mein
aus ih-
eine ent-
hre zit-
saß die
hörte
agsvolles
das aus
ufshoben
olgt.)

Kranke wird gefordert. Ein Höchstpreis von 650 M pro Zentner für Kartoffeln (ab Feld) im Kreis Hörde ist festgelegt. Bürgermeister Rohrmann wünscht noch Erörterung über die

Stilllegung der Kreis- und Straßenbahnen.

Wägt den Verkauf des rollenden Materials und stellt fest, daß die Schienen den Gemeinden gehören, wenn Bahnen widerrechtlich stillgelegt werden. Die Eysenbahn fährt jetzt 3. B. in Finnland. So verkauft man alles ans Ausland, das muß aufgehalten werden.

Randrat Hansmann gibt bekannt, daß Mitte Dezember endgültige Verhandlungen mit der Direktion stattfinden. Bis dahin wird alles vorbereitet sein und ist ein günstiges Resultat zu erhoffen.

Nachm. 3.15 schließt er den Kreisrat mit Worten des Dankes an alle Erschienenen.

8. Annen, 11. Nov. (Der 9. November) ist auch hierorts in Ruhe verlaufen. Die Betriebe erlitten keinerlei Störungen, da man es angeht, unserer trostlosen Zeit vorzuziehen, bei der Arbeit zu verharren. Die junge deutsche Republik hat ihren vierten Geburtstag am 9. November eben nicht unter günstigen Verhältnissen gefeiert. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen mit der Reparationskommission aus Paris in Berlin über die Stabilisierung der Mark und die Ermöglichung einer Auslandsanleihe hat die unerfreuliche Wendung für die Währungs- und für die Lebensmittelpreise herbeigeführt. Welchen Verlauf das Drama weiter nehmen wird, muß sich bald zeigen. Es ist nicht anzunehmen, daß Poincaré „la banque“ spielen will, wenn er sich auch schon wieder zu Drohungen verlegen hat. Er will aus der deutschen Reichskasse so viel heraus schlagen, als ihm nur irgendwie möglich ist, um den deutschen Niedergang, aber nicht die Mark zu stabilisieren. Frankreich wird aber an dieser scharfen Kante der Wirtschaft nicht unverfehrt herumkommen, es wird einen Anprall geben, der es bald zur Befinnung bringen muß.

8. Annen, 11. November. (Abgehaltene Kaffeetage.) Es ist der Vorbericht gemacht und verschiedentlich, wenn auch wohl mehr im Scherz, als im Ernst vermerkt, bei dem enormen Preis des Kaffees, die Bohnen abgezählt zu verkaufen. Bei der fagenhaften Belagerung von Naumburg durch die Russen, kam nach dem bekannten Volkslied das Rot Kaffee, obwohl der Hunger quälte und der Durst weh tat, zwar nur auf feibzehn Pfennige, und Leberecht Wiemchen aus Sachsen rechnete auf die Tasse Mokka fünf Bohnen, aber das sind schließlich Ausnahmen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Nachfrage nach Kaffee ebenso stark ist, wie die nach Butter, nur daß viele Leute nicht einmal ein halbes Viertel Pfund kaufen können. Möglicherweise führt man also doch einmal das Abzählen der Bohnen ein.

— (Das Industriegebiet die teuerste Gegend.) Was die große Masse der kleinen Kaufmannschaften schon längst wußte und bitter empfand, daß nämlich die großen Städte des Industriegebietes zu den allermeisten im deutschen Vaterlande gehören, hat jetzt auch im Reichsrate seine Bestätigung gefunden. Der Reichsrat beschäftigt sich u. a. mit den von der Regierung aufgestellten Grundbesitz für die Gewährung drückender Sonderzuschüsse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter für besonders teure Orte. Die Steuerzuschüsse sollen 10 Prozent des Grundbesitzes betragen, während die besondere wirtschaftliche Beistellung fortfällt. Als besonders teure Orte, die für diese Zuschüsse in Frage kommen, werden in der Vorlage insbesondere die großen Industriestädte in Rheinland-Westfalen mitnämlich ihren Vororten genannt, namentlich Essen, Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen; ferner kommen Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Mannheim, Hamburg und Berlin in Betracht. Die Vorlage ist gegen die Stimmen Bayerns, Hessens, Anhalts, Bremens, Südbek und Mecklenburg-Strelitz angenommen worden.

— (Dreimark-Stücke aus Aluminium) sind bereits über 10 Millionen in den Verkehr gebracht worden — aber sie werden überall zurückgehalten; die Wenigsten haben sie jemals zu sehen bekommen.

8. Annen, 10. Novbr. (Preisprüfungsstelle.) Unter dem Vorsitz des Amtsbeigeordneten Schlichter hielt die hiesige Preisprüfungsstelle gestern wieder eine Sitzung ab, in der zunächst die neu gewählten Mitglieder in ihr Amt eingeführt und verpflichtet wurden. Wegen der allwöchentlichen Festsetzung von Höchstpreisen wurde eine besondere Kommission gewählt, die erstmalig in der kommenden Woche tagen wird. In der Aussprache wurde wieder darauf hingewiesen, daß die Anordnung wegen Anhebung von Höchstpreisen immer noch nicht genügend beachtet wurde. Zwischenhandlungen gegen die von dem Herrn Landrat Hörde für den ganzen Landkreis Hörde erlassene neue Preisverordnungen sollen unumgänglich zur Anzeige gebracht werden. Weiter sind bei dem Brotverkauf wiederholt ganz erhebliche Mindergewichte festgestellt worden. Es wird darauf hingewiesen, auf die genauen Brotgewichte zu achten und bei event. Fehlgehwichten die Zugabe einer entsprechenden Menge Brot zu verlangen. Da verschiedentlich vorgekommen ist, daß für Säuglinge keine Milch abgegeben worden ist, wird darauf aufmerksam gemacht, daß zunächst die Milchfrauen-inhaber mit Milch zu versorgen sind. (Säuglinge, Kinder, Kranke usw.) Zu widerhandelnde Händler, Landwirte sollen zur Anzeige gebracht werden.

— (Vollschokolade Annen.) In der Woche vom 12.—18. November finden folgende Lehrgänge statt: Sonntag vorm. 10 Uhr „Bürgerliches Rechnen“ in der Freilichtschule. — Montag, nachm. 4—7 Uhr „Nähtur“ in der Vorstadt, abends 8—11 Uhr „Vollschokolade“, abends 7—10 Uhr „Einbildung von Vollschokolade“. — Dienstag, abends 8—11 Uhr „Englisch für Anfänger“. — Mittwoch, abends 7 Uhr „Astronomie“. — Donnerstag, abends 8 Uhr „Grundzüge des bürgerlichen Rechts und Grundzüge des deutschen Strafrechts“. — Donnerstag, abends 8—11 Uhr „Literatur“.

Freitag, abends 8—11 Uhr „Englisch für Fortgeschrittene“. Sonntag, den 12. November, nachmittags 5 Uhr Bildervortrag über: „Eine Reise durch den Weltkreis“ in der Aula der Mittelschule.

8. Annen, 11. Novbr. (Vortrag Lange-Hegemann.) Wir verfehlen nicht, nochmal auf den Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Lange-Hegemann aus Bielefeld, der morgen vormittags 10 Uhr auf Veranlassung des Westfälisch-Lippischen Endverbundes im Reinoldshof-Dortmund stattfindet, hinzuweisen. Wenn nur eben möglich, darf kein Mitglied der hiesigen Ortsgruppe des Reichshandwerkersbundes fehlen.

— (Annen, 11. Novbr. (Fahrraddiebstahl.) Vor einigen Nächten wurde in der Brunnendamm ein Fahrrad gestohlen. Ferner wurde auf dem Marktplatz ein Fahrrad gestohlen. — In der Grube der Zedde-Haus wurde ein Fahrrad gestohlen. — In der Grube der Zedde-Haus wurde ein Fahrrad gestohlen. — In der Grube der Zedde-Haus wurde ein Fahrrad gestohlen.

— (Weitere Diebstähle.) Einem Milchhändler wurde auf der Fahrt Witten-Annen-Stodum eine Röhre Margarine im Werte von 4000 M vom Wagen entwendet. — In der Grube der Zedde-Haus wurde ein Fahrrad gestohlen. — In der Grube der Zedde-Haus wurde ein Fahrrad gestohlen.

8. Annen, 11. Novbr. (Im Central-Theater) geht der Film vom Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig über die Leinwand. Leider konnte der Film am Dienstag dieser Woche nicht vorgeführt werden, da die Freie Turnerschaft Mainz denselben wegen zu großen Andranges noch 3 Tage länger für sich in Anspruch nahm. Ab heute bis einschließlich Montag findet die Vorführung jedoch bestimmt statt. — Außerdem der Sensationsfilm „Lola, die Apachenbraut“ (1. Teil) und für den humor. Teil folgt „Er“. Siehe Inserat in vor. Nr.

— (Der Gefängnis-Unterstützungs-Verein) veranstaltet morgen bei Weber sein Herbstfest durch Konzert, Theater und Ball. Siehe Inserat in der vorigen Nummer.

— (Die Gefangenen der Glasarbeiter) veranstaltet morgen nachmittags im Saale des Herrn Wöhlhoff eine gemütliche Unterhaltung verbunden mit Fahnenweihe, Konzert usw. Näheres siehe Inserat in vor. Nr.

8. Annen, 11. Novbr. (Vom Devisenmarkt.) Der Dollar, der infolge der günstigeren Ausichten der Markstabilisierung noch am vorgestrigen Tage auf 7000 stand, erlebte an der gestrigen Börse wieder eine Aufwärtsbewegung. Er wurde mit 7675 notiert.

— (Stodum, 11. Novbr. (Gestohlene Eisenbahnschienen.) Einem hiesigen Milchhändler wurden Eisenbahnschienen, die nicht rechtmäßig erworben sein sollen, von der Polizei beschlagnahmt.

Stodum, 10. Novbr. (In der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung) wurde das Nachschubende verhandelt und beschlossen: Zunächst gelangt ein Schreiben der Eisenbahnen Bergwerks-Mitienge-fellschaft zur Verlesung, wonach die Gesellschaft ihre Klage beim Kreisaußschuß gegen die Veran-lagung zur besonderen Gemeindegewerbesteuer pro 1920—21 zurückgezogen hat. — Der Aufnahme einer Anleihe von 600 000 M zwecks Ankauf von Aktien des Elektrizitätswerks Westfalen wurde zugestimmt. Die Anleihe soll bei der Sparkasse der Kreist Langendreer-Werne zu einem Zinsfuß von 7 Proz. und einer Abschlagsgebühr von 1 Proz. sowie jährliche Tilgung von mindestens 1 Prozent aufgenommen werden. — Von einem Schreiben des Kreisaußschusses betr. Bau einer Straßenbahn von Dorstfeld über Stodum nach Gengeldung nahm die Versammlung Kenntnis. Angeht die der allgemeinen Wirtschaftslage ist die Ausführung des Projektes in absehbarer Zeit nicht möglich. — Auf den Einspruch der Gemeinde, des Hausbesitzer- und des Gewerbetreibenden-Vereins der zweiten Postbefehl nach Stodum hat die Oberpostdirektion Dortmund und den Bescheid erteilt, daß sie nicht in der Lage sei, bei der mäßigen Finanzlage des Reiches die zweite Postverbindung wieder einzuführen. Gegen diesen Bescheid sollen weitere Schritte unternommen werden. — Dem Antrag des Vereins „Gemischter Chor“ auf Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für ein gegebenes Konzert wurde dahin stattgegeben, daß die Hälfte ermäßigt wird. — Die Kreist Langendreer und Werne beschließen eine Automobil-Feuerprobe anzuschaffen, die 1 Million kosten und auf einem größeren Werk untergebracht werden soll. Vertretung sollte eine Beteiligung der Gemeinde an den Anschaffungskosten ab. — Dem Westf. Blindenverein wurde eine Beihilfe von 1000 M bewilligt. — Die Entscheidung für Abhebung der Waffenscheine u. Einziehung der Gelder wurde auf monatlich 1300 Mark, der Zuschuß für die Gemeindefeuerwehr auf 1000 Mark, das Einkommen der Bodendirektion auf 1200 bzw. 1500 Mark, der Bodendirektion auf 1000 Mark erhöht. Der Antrag des Totengräbers auf Erhöhung seiner Bezüge für Anfertigung der Gräber und Instandhaltung des Friedhofes wurde zurückgestellt. Es soll zunächst die mitteilende Gemeinde Dören sowie die Friedhofskommission gehört werden. — Der Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für Bereitstellung von Räumen für die Zahl- und Steuertermine wurde ebenfalls zurückgestellt.

Provinzielle Nachrichten.

Bellinghoferheide, 10. Novbr. (Der Kaiser-Friedrich-Hain für 2 Millionen Mark verkauft.) Die Versteigerung der Erben Belsner, Kaiser-Friedrich-Hain, soll freihändig an einige Dortmunder Herren für 2 Millionen Mark veräußert sein.

Hagen, 10. Novbr. (Die Margarine als Wegweiser.) Am Hauptbahnhof wurde ein weinendes fünfjähriges Mädchen angetroffen, das seine Wohnung nicht mehr wiederfinden konnte. Ein hinzukommender Mann hatte einen guten Einfall. Er fragte, bei wem die Mutter ihre Margarine zu kaufen pflege. Sofort nannte das Kind den Namen des Händlers. Am konnte man das verirrte Mädchen bald seinen Eltern wieder zuführen.

Herne, 10. Novbr. (Raubmord. 10 000 M Belohnung.) Am 18. September d. Js. wurde in Herne die Frau des Bergarbeiter Schwarzer durch Erdrückung mit einer Wäscheleine ermordet. Der Täter ist ein Mann, der als Paul Müller in Herne polizeilich gemeldet war, aber zweifellos anders heißt. Es ist zu vermuten, daß er bereits wegen anderer strafbarer Handlungen verfolgt wird. Bisher waren die Nachforschungen nach ihm erfolglos.

Gelsenkirchen, 10. Nov. (Scharfe Schüsse auf einen Zug.) Kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Rotthausen wurde dieser Tage zweimal auf den von Essen kommenden Personenzug 541 geschossen. Eine Kugel durchschlug ein Abteilfenster. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Gesehen bei Hamm, 10. Novbr. (Ein aufregendes Bild) bot sich den Einwohnern der alten Kolonie. Ein jugendlicher Antreiber, der damit beschäftigt war, die Leitungsmasten zu streichen, griff versehentlich an den Draht der Starkstromleitung. Er erhielt einen elektrischen Schlag und hing nun etwa 40 Minuten hilflos an einem Seilenarm an der Spitze des Mastes; den Kopf nach unten, schien er jeden Augenblick herunter zu fallen. Dem Unglücklichen waren beide Arme verbrannt und er starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Dinslaken, 10. Novbr. (Eine Mienen-Explosion) ereignete sich vorgestern nachmittags im Hause des Bergmanns Helmann, das umfingerte und die Familie unter den Trümmern begrub. Helmann wurde getötet, seine beiden Kinder schwer verletzt. Die Mine soll von den Kämpfern der Roten Armee herrühren.

Herbesthal, 10. Novbr. (Ein alter Grenzstein.) In der Nähe von Herbesthal befindet sich auf dem Gute Söck in einer Hecke ein uralter Grenzstein. Er gibt die Scheidelinie zwischen den Gemeinden Baelen und Wallhorn an. Auf den beiden Seiten des Steines ist der Name des entsprechenden Bannkreises eingemeißelt. Da eine Urkunde vom 13. Juni 888 Wallhorn und Baelen als Königsgüter aufzählt, so hat dieser Bannstein mehr als 1000 Winter über sich hinweggehen lassen. Es ist ein glücklicher Einfall der Natur, ihn in einer Hecke zu verbergen. Dadurch ist er vor vielen Entstellungen bewahrt worden und kann jetzt als Denkmal aus karolingischer Zeit freigelegt werden.

Aus aller Welt.

Reifeexplosion auf einem Dampfer.

Hamburg, 10. Novbr. Gestern vormittags erfolgte an Bord des Hamburger Dampfers „Leopold David“ in Cuxhaven eine Reifeexplosion, die das Schiff innerhalb einer halben Stunde sank. Wie es heißt, sind sämtliche Mannschaften außer dem Maschinenpersonal gerettet.

Wie aus Cuxhaven weiter gemeldet wird, ereignete sich die Explosion an Bord des von Rotterdam mit einer Beurlaubung kommenden Hamburger Landdampfers auf der Reede querab Osterhoft.

Von der 17 Mann starken Besatzung sind nach den bisherigen Feststellungen 11 Mann gerettet. Die Explosion war so stark, daß von dem Vordersteck sämtliche Masten weggerissen wurden, so daß das Vordersteck nur noch aus einer Reihe von Spanten bestand. Das ganze Hintersteck war alsbald in Flammen gehüllt. Nach kurzer Zeit sank das Schiff. Die Rettungsarbeiten, an denen sich mehrere Dampfer beteiligten, wurden durch die auf dem Meere schwimmenden brennenden Benzinmengen sehr erschwert.

Denkmalschändung.

Hamburg, 10. November. Das Hamburger Kaiser-Wilhelm-Denkmal ist in der vorgeschlagenen Nacht erneut beschädigt worden. Die wieder angebrachten Stellen, Säbelspitzen, Helmzier usw. wurden wiederum abgehoben. Die Täter, drei junge Burschen im Alter von 15 bis 17 Jahren, konnten von der Rathshauswache festgenommen werden. Der Tat liegen, wie das Verhör ergab, keine politischen Motive zugrunde.

75 Todeskoffer in Pensylvanien.

Wie der „New York Herald“ meldet, sind bei dem großen Bergwerkunglück in Pennsylvania nach den letzten Meldungen 75 Bergleute getötet worden. Fünf werden vermisst, vier wurden tödlich verletzt, und dreißig Mann sind bis jetzt gerettet worden.

— Ein Anschlag auf das Leipziger Volkshaus. Im Leipziger Volkshaus, dem Sitz der Leipziger sozialdemokratischen Partei, entstand nachts eine Explosion, durch die nur geringer Sachschaden angerichtet wurde. Am Tore des Haupteinganges wurden die Leberteste einer offenbar mit Schwarzpulver gefüllten Ladung vorgefunden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Das Leipziger Volkshaus war bekanntlich während des Kampfpulvers durch eine Brandgranate zerstört und erst in der letzten Zeit neu errichtet worden.

— Ein Selbstmordversuch. Ein 76-jähriger Gutsbesitzer Rille in Rastdorf bei Halle wurde vorgestern Abend in der Nähe der Grube „Michel“ bei der Heimkehr vom Felde auf seinem Wagen erschlagen und beraubt. Der Mörder bot das mit zwei Rissen beschnittene Geschloß am Abend in Merseburg einem Fleischermeister für 50 000 Mark an. Der Meister, dem der enorm billige Preis verdächtig vorkam, ließ den Geschloßführer verhaften. Es ist der 28-jährige Leopold Stoll aus Altenheim in Baden. Die Leiche des Ermordeten fand man unter Kartoffelkraut versteckt in der Feldkur auf.

— Zwei Frauen vom Zuge überfahren. Dienstag Abend wurden beim Bahnübergang am Bahnhof Hemmersdorf zwei in den zwanziger Jahren stehende Frauen, die trotz geschlossener Schranke die Gasse überschritten, von einem D-Zug überfahren und getötet. Die Personalien sind bisher noch nicht ermittelt.

Neueste Nachrichten.

Die Entscheidung der Reparationskommission Mitte nächster Woche.

Die Mitglieder der Reparationskommission haben Freitag mittag Berlin verlassen, nachdem sie vormittags die üblichen Abschiedsbefehle gemacht hatten. Das Schreiben der Reparationskommission, das als Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge anzusehen ist, umfaßt nur wenige Zeilen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reise nach Berlin nur informativ Charakter trage und daher die Prüfung der Vorschläge erst in Paris erfolgen werde. Bereits am Montag soll die Reparationskommission in Paris zusammenkommen, um sich mit dem Verlauf der Berliner Verhandlungen und den deutschen Vorschlägen zu befassen. Es ist anzunehmen, daß Mitte der nächsten Woche die Entscheidung in Paris fallen wird.

Barthou „befeidigt“.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, darüber läßt sich heute natürlich noch nichts Bestimmtes sagen. Den unerbittlichen Anfeindungen einzelner Mitglieder der Reparationskommission, die sie noch vor ihrer Abreise machten, darf man jedenfalls keine besondere Bedeutung beimessen, und weniger, als sie recht allgemein gehalten sind. So hat Barthou den französischen Pressevertretern in Berlin erklärt, die Mitglieder der Reparationskommission seien von der Reise befriedigt. Sie hätten zufriedenstellende Ergebnisse in der Frage der Kontrolle der deutschen Finanzen und des Budgets erzielt.

Der Schiedsspruch für den Kohlenbergbau.

Berlin, 11. November. Der zur Lohnregulierung für den Kohlenbergbau mit Wirkung ab 1. November gefällte Schiedsspruch wurde vom Reichsarbeitsministerium für die Zeit vom 1.—15. November für verbindlich erklärt. Am 10. Novbr. begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die im Kohlenbergbau ab 15. November zu gewährenden Lohnerhöhungen.

Unfall auf der Hamburger Vorortbahn.

Hamburg, 11. November. In Hamburg fuhr gestern früh in dichtem Nebel ein Triebwagen der Vorortbahn auf einen auf dem Bahnhof Wandsbeker Chaussee stehenden Dampfzug auf. Vier Wagen des Dampfzuges entgleisten. Fünf Personen, von denen zwei ins Krankenhaus überführt werden mußten, wurden schwer, 25 leicht verletzt.

Briefkasten.

Die „Westfälische Allgemeine Volks-Zeitung“ (Arbeiter-Zeitung) Dortmund strotzt in ihrer Nummer 265 vom 11. November mal wieder von maßlosen Angriffen und Beleidigungen gegen uns. Wir haben gegen die „Westfälische Allgemeine Volks-Zeitung“ wie schon vor kurzem Klage erhoben.

Die Redaktion.

Nachschrift. Desgleichen erhoben wir Klage gegen Herrn Voltrab wegen seiner beleidigenden Bemerkung am Schluß seines Artikels in No. 88 der „Totalen Nachrichten“. D. R.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag vorm. 9.15 Uhr Gottesdienst Hr. Müller. 11 Uhr Kindergottesdienst. 12 Uhr Laufen. Nachmittags 5 Uhr Gottesdienst Hr. Brause. Jugendpredigt zum Jugendverbandstag. Im Anschluß Beichte und Feiern des hl. Abendmahls für die Mitglieder des Jugendvereins, Jungfrauenvereins, Jungmännerbund und d. B. R.

Bekanntmachung.

Der von der Gemeinde-Vertretung am 5. September 1922 beschlossene Nachtrag zur Schankkonzessionsverordnung der Gemeinde Annen ist vom dem Kreisaußschuß in Hörde am 15. 9. 1922 genehmigt und am 17. 10. 1922 von dem Herrn Regierungspräsidenten genehmigt worden.

Der Nachtrag kann im Amtshause, Zimmer 9, eingesehen werden.

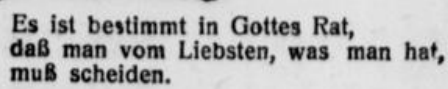
Annen, den 10. November 1922.

Der Amtmann:
J. B.
Schlichter, Beigeordneter.

Verkaufe Montag am Bahnhof Annen-Nord einen Waggon

Ia. Speise-Kartoffeln.

Anton Baumjohann.



Erwin Thomas

Hch. Thomas und Frau Elfriede geb. Kötter
Wilh. Thomas, Friedr. Thomas,
Wilhelmine Thomas,
Margarete Thomas.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten, so diene diese als solche.



**Annen, Linke, Schloß Holte und
Sende, den 8. November 1922.**

Benzol und Autoöl

Empfehle diese Woche wieder

 **prima fettes Fleisch**

Schlachtpferde werden zu höchsten Preisen
angelaufen.

Industriekartoffeln

Buchdruckerei Adolf Brocke, Annen.

**bedeutet
größte
Ersparnis an
Zeit u. Kohle**

*Nur in
Originalpaketen,
niemals lose.*

**HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.**

Sorgfältige Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
Bereitwilligste Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Fr. Dankert, Vorsitzender.

Heimann-Rottkamp, Dortmund
Reinholdstr. 15. — Telefon Nr. 1002.

Ballenstraße 36—38 Dortmund Ballenstraße 36—38
beim Bezirks-Commando.

Metalle, Felle und Papier
die höchsten Tagespreise.
NB. Ziegenfelle bis 1000 Mk.
Fr. Schaup, Wittenerstr. 25.
Neuestes Geschäft am Plage.

Asthma
kann geheilt werden. Sprich-
stunden in Dortmund,
Hotel Beckfaleuhof, Damp-
werk 10-12 jeden Dienstag
von 9-1 Uhr.
Dr. med. W. G. v. d. L.,
Kaiserplatz 11, Dortmund.

Schuhbedarfsartikel
billigst bei
J. W. Steinhach, Witten,

Bei trocknen
bei nassem
bei sich
Oberlippe
Widrigkeit

Fluorine

herausragend bewährt. So schreibt
Dr. med. R. in St. J. R. R. R. R.
handlung ist sehr-gerade besonders
zu empfehlen. Zu haben in allen
Apotheken.

Fluorine

Schlafstelle

heilspflege.
Kostenlose Auskunft und
Verkauf Wochentags 2—7
Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.
Briefl. Auskunft gegen
Kadporto. Prospekt gratis.
E. Becker, Dortmund
1. Kampstrasse 126 II
am Körnplatz.

Haben Sie Stoff?

Liefere Anzug, sowie sämtliche
Kleidungsstücke mit allen Zutaten.
Garantiert gut sitzend, auf Roßhaar
gearbeitet wie folgt
Verarbeitung:
zu konkurrenzlos billigen Preisen
Mech. Schneiderei Witten,
nur Augustastr. 16.

die Hüge
bei den angeheuer-
t hat da sind, wie
und das eine reich-
und bedeuten, inde-
er Tische hat und
esio mehr Kontrib-
die Markt verhäl-
würden aber vor a-
reitschaft und die
ie fest gehält find
ung beglänzt wür-
den gleichzeitig die
der Zwangswirt-
schaffen während
der faulen Papier-
en nicht die Einf-
haben nicht framp-
würde das uns in
die Bonusscheit
stimmung ist aber
ne lange Zeit L-
usgeschlossenen
Vertrauen wird
nehmen. Alles das
en, sind alles das
den Sie nach mei-
ren Firm in den fre-
t man, wenn die
e Deutschen zur G-
anderen zur Einf-
an nicht mit wä-
es kann eine Sal-
wider" die Gesta-
n ich für meine P-
en im Grunde an